

Soziale Rechte in Europa: Einigung auf neues Integrationspaket!

Die Verhandlungen zu einem Integrationspaket in Österreich priorisieren Arbeitsmarktzugang und soziale Reformen bis 12. Dezember 2024.

Bratislava, Slowakei - Aktuelle Entwicklungen in der österreichischen Politik zeigen Fortschritte bei den Koalitionsgesprächen. Laut Berichten von der **Kleine Zeitung** wird bereits an einem „Integrationspaket“ gearbeitet, das einen schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt sowie Sachleistungen für Asylwerber umfassen soll. Zudem könnte eine Rücknahme der Sozialversicherungsreform von Türkis-Blau in Betracht gezogen werden. Die Gespräche zielen darauf ab, bis zum 12. Dezember nicht nur Einigkeit zu erzielen, sondern auch offene Fragen zu klären und unüberbrückbare Differenzen zu identifizieren.

Im Gesundheitsbereich wird eine Termingarantie für Arztbesuche gefordert, während auch Reformen innerhalb der Justiz, speziell in Bezug auf die Weisungsspitze, angestrebt werden. Die Untergruppen der Koalitionsverhandler sollen bis zur Frist ihre Gespräche abgeschlossen haben, um die Ergebnisse der Steuerungsgruppe vorzulegen, in der auch führende Vertreter von Gewerkschaften und der Wirtschaft sitzen. Solche politischen Maßnahmen sind wichtig, um den sozialen Zusammenhalt und die Unterstützung von besonders benachteiligten Gruppen im Land zu fördern.

Europäische Säule sozialer Rechte

Betrachtet man die sozialen Fortschritte in Europa, bringt die **EU**

mit der Europäischen Säule sozialer Rechte wichtige Initiativen voran. Diese Grundsätze sollen die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Mitgliedstaaten verbessern und beinhalten die Förderung der Beschäftigung sowie den Zugang zu sozialer Sicherheit. Ein zentrales Ziel ist es, die Zahl der von Armut bedrohten Menschen zu senken und qualitative Arbeitsbedingungen zu garantieren. Die EU fördert auch den Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, um eine nachhaltige wirtschaftliche Stabilität und soziale Integration zu erreichen.

Infolge der COVID-19-Pandemie wurden besondere Maßnahmen ergriffen, um die sozialen und beschäftigungspolitischen Folgen zu bekämpfen, darunter Fonds zur Unterstützung von Arbeitsplätzen und zur Bekämpfung der Armut. Der laufende Aktionsplan zur europäischen sozialen Säule strebt an, bis 2030 eine höhere Erwerbsquote zu erreichen und die sozialen Sicherheitsnetze in den Mitgliedstaaten zu verbessern.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Bratislava, Slowakei
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kleinezeitung.at• www.europarl.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at